



.....

## *Wirtschaftliche Lage: Unterschiedliche Einschätzungen*

Die Ärzte bewerten die wirtschaftliche Lage und die Perspektive für die kommenden sechs Monate eher ungünstig. Das ergibt der Medizinklima-index (MKI) Frühjahr 2007. Ihre aktuelle wirtschaftliche Lage schätzen 55 Prozent der niedergelassenen Ärzte und Zahnärzte als zufriedenstellend ein, 24 Prozent als schlecht und 21 Prozent als gut. Ihre wirtschaftliche Perspektive in den kommenden sechs Monaten dagegen bewerten 27,9 Prozent als ungünstiger und lediglich 7,6 Prozent als günstiger. Der daraus errechnete MKI liegt bei -11,7; im Herbst 2006 lag er bei -23,3. Eine Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) unter mehr als 20 000 mittelständischen Unternehmen zeigt eine deutlich positivere Einschätzung: Dem DIHK-Mittelstandsreport 2007 zufolge beurteilen 44 Prozent der Firmen ihre Geschäftslage derzeit als gut, weitere 45 Prozent als befriedigend und nur elf Prozent als schlecht.

ik / DIHK

.....

## *GEZ: Strengere Kontrolle*

Die Gebühreneinzugszentrale der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (GEZ) will Freiberufler und Selbstständige stärker kontrollieren, berichtete jüngst die Wirtschaftsredaktion des Berliner Tagesspiegels. Sie erwäge, sich Adresslisten zu besorgen, um gezielt gewerbliche Nutzer von gebührenpflichtigen, internetfähigen Computern und Handys aufzuspüren, zitiert die Zeitung eine GEZ-Sprecherin. Derzeit warte die GEZ aber noch ab, wie viele Selbstständige sich freiwillig anmelden. Noch in diesem Sommer will die GEZ eine Kampagne starten, mit der sie sich an Computerbesitzer wendet.

Seit dem 1. Januar 2007 sind PC, die mit dem Internet verbunden werden können, grundsätzlich gebührenpflichtig. Denn ein sogenannter „internetfähiger PC“ ist laut Rundfunkstaatsvertrag auch ohne besondere TV-Karte ein Empfangsgerät, oder genauer: ein „neuartiges Rundfunkempfangsgerät“. Selbstständige und Freiberufler werden dadurch erstmals gebührenpflichtig, da für gewerblich genutzte Computer die monatlichen 5,52 Euro fällig werden, selbst wenn für den privat genutzten Fernseher bereits

gezahlt wird. Seit Januar hat die GEZ laut Bericht 67 000 Geräte neu erfasst, davon 50 000 gewerbsmäßig genutzte Computer und Handys. Das selbst gesteckte Ziel für 2007 liegt demnach bei 100 000 gewerblich genutzten Computern und Handys, die neu angemeldet werden.

ik / heise

.....

## *Bundesregierung „gesponsort“*

Das Bundesinnenministerium hat für die Bundesregierung Anfang Juli den zweiten Sponsoring-Bericht vorgelegt. Er zeigt die Leistungen Privater, mit denen Aufgaben des Bundes finanziert wurden. Dies gilt für die Jahre 2005 und 2006. Die Gesamtsumme der Sponsoring-Leistungen für alle Ressorts betrug 55 Millionen Euro. Hiervon erhielt das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) den größten Anteil. Allein 41 Millionen Euro entfielen an Sach- und Dienstleistungen für Kampagnen der Aids-Aufklärung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Bei der Prävention erhielt das Bundesgesundheitsministerium Gelder des Verbandes der Zigaretten-Industrie (VdC) und des Verbandes der privaten Krankenversicherung (PKV). Der PKV-Verband hat 5,1 Millionen Euro Sponsoring-Gelder zur Verfügung gestellt. Weitere Namen von Krankenkassen, ihrer Verbände oder anderer Organisationen sind (außer der Deutschen Krankenhausgesellschaft / DKG) in dem Bericht nicht aufgeführt.

ik / dfg

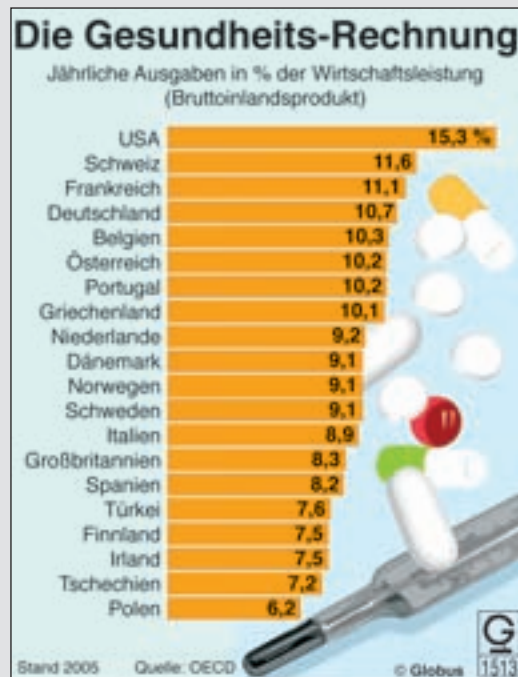
.....

## *OECD-Gesundheitsdaten 2007*

Die neue OECD-Studie bietet eine Überraschung: im internationalen Vergleich der Gesundheitsausgaben in den westlichen Industriestaaten liegt Deutschland 2005 nicht mehr auf Platz drei, sondern auf Platz zehn. So sind in Deutschland für Gesundheit insgesamt pro Kopf 3 287 US-Dollar ausgegeben worden. Der Durchschnitt der 30 OECD-Länder liegt bei 2 759 US-Dollar. Auf Platz eins liegt nach wie vor die USA mit Gesundheitsausgaben von 6 401 US-Dollar pro Kopf. Es folgen Luxemburg mit 5 352 US-Dollar, Norwegen mit 4 364 US-Dollar und die Schweiz mit 4 177 US-Dollar. Die Pro-Kopf-Ausgaben sind in Deutschland zwischen 2000 und 2005 real um durchschnittlich 1,3 Prozent pro Jahr gestiegen. Offenbar sei dies teilweise den kostendämpfenden



den Maßnahmen im Rahmen der Gesundheitsreform zuzuschreiben, so der OECD-Bericht. Im Vergleich zu allen anderen OECD-Ländern war dies der geringste Anstieg in diesem Zeitraum. Die durchschnittliche Zuwachsrate bei den Gesundheitsausgaben betrug in den OECD-Ländern 4,3 Prozent jährlich.



Auf den Plätzen fünf bis neun liegen vor Deutschland in enger Folge Österreich, Island, Belgien, Frankreich und Kanada. Nur um wenig günstiger sind die Gesundheitsausgaben in Dänemark und den Niederlanden. Der Anteil der Gesundheitsausgaben am Sozialprodukt stieg seit Anfang der 90er Jahre bis 2005 lediglich von 9,6 auf 10,7 Prozent. Im OECD-Durchschnitt veränderte sich diese Gesundheitsquote von 6,9 auf neun Prozent. Spitzenreiter sind die USA (von 11,9 auf 15,3) und die Schweiz (von 8,3 auf 11,6). ik / OECD

### BFB: Immer mehr Freiberufler

Die Anzahl der Selbstständigen in den Freien Berufen steigt kontinuierlich an: Waren im Jahr 2006 noch 906 000 Selbstständige in den Freien Berufen tätig, so zählt Deutschland im Jahr 2007 bereits 954 000 Freiberufler. Wie in den Jahren zuvor ist die Anzahl der Freiberufler damit erneut um rund fünf Prozent innerhalb eines Jahres gewachsen. Dies ergab eine Untersuchung des Instituts für Freie Berufe der Universität Erlangen-Nürnberg (IFB) in Zusammenarbeit mit dem Sta-

tistischen Bundesamt. Im Jahr 1992 arbeiteten 514 000 Selbstständige in den Freien Berufen. Damit hat sich ihre Anzahl in den vergangenen 15 Jahren fast verdoppelt. Im Vergleich zum Vorjahr haben alle vier großen Berufsgruppen in den Freien Berufen angezogen: Die Gruppe der Heilberufe (u. a. Ärzte, Zahnärzte, Psychotherapeuten, Apotheker, Tierärzte) weist mit aktuell 301 000 Angehörigen einen Zuwachs von rund 7,6 Prozent auf. Die Gruppe der rechts-, wirtschafts- und steuerberatenden Berufe (u. a. Anwälte, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Notare) schaffte einen Sprung von 5,3 Prozent, die technischen und naturwissenschaftlichen Berufe (u. a. Architekten, Ingenieure, vereidigte Sachverständige, Biologen) verbuchten einen Zuwachs von knapp über sieben Prozent. Die Kulturberufe (u. a. Journalisten, Schauspieler, Regisseure, Schriftsteller) legten um mehr als sechs Prozent zu. Der BFB bewertet diese Zuwächse „insgesamt als positiv“. Dennoch weist er dabei auf das Phänomen der „Notselbstständigkeit“ hin und ruft auf, „im Einzelfall die Existenzgründung noch schärfer auf ihre Marktchancen zu prüfen“. ik / BFB

### England: Kein Geld für Gehälter

Im staatlichen britischen Gesundheitsdienst (NHS) sind in den vergangenen zwei Jahren mehr als 22 000 Ärzte, Krankenschwestern und -pfleger sowie andere Beschäftigte entlassen worden, weil es an Geld für die Gehälter fehlt. Das sorgt bei britischen Ärzte- und Krankenpflegerverbänden, aber auch bei den Zahnärzten für Unmut. Das Problem für viele staatliche Krankenhäuser und Gesundheitsverwaltungen in Großbritannien ist, dass die Regierung in den vergangenen Jahren die ärztlichen Honorare sowie die Bezahlung anderer NHS-Beschäftigter deutlich erhöht hat. Es stellte sich allerdings heraus, dass ein Großteil des Geldes in anderen Bereichen des Gesundheitswesens wieder eingespart werden muss, um die Etats auszugleichen. Allein in den vergangenen zwei Jahren wurden mehr als 22 000 NHS-Stellen abgebaut. Dementsprechend schlecht ist die Versorgungslage in zahlreichen Gebieten Großbritanniens. Laut Krankenschwesterngewerkschaft arbeiten in einigen NHS-Kliniken die Krankenschwestern inzwischen ohne Bezahlung, nur um die Stationen nicht schließen zu müssen. ik / zm-online